

Newsletter

DIE LINKE.

Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Ausgabe 1/2013

Bädertarife diskriminieren ältere Studierende

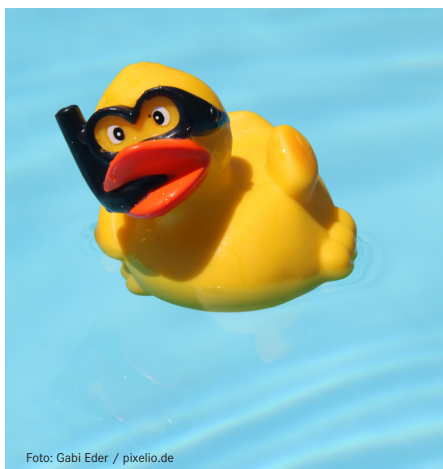


Foto: Gabi Eder / pixelio.de

Bisher erhalten Studenten und Auszubildende nur bis zum 26. Lebensjahr ermäßigten Eintritt in den städtischen Schwimmbädern. Diese Altersgrenze sorgt zunehmend für Unmut, weil ältere Studierende leer ausgehen. Sie haben oft unter viel Mühen ihre Studienberechtigung erst später, etwa an einem Abendgymnasium, erworben.

Die Linksfraktion fordert nun in einem Ratsantrag, den Passus „bis zur Vollendung des 26. Lebensjahres“ in der Tarifordnung für die städtischen Schwimm-

bäder und Saunen zu streichen. „Diese Regelung diskriminiert ältere Studierende und entspricht auch sonst nicht mehr heutigen Lebensrealitäten“, betont LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste. „Auch bei Vergünstigungen für Rentnerinnen und Rentner oder Menschen mit Behinderungen würde doch niemand auf die Idee kommen, eine Altersgrenze festzulegen.“ Die SPD zog den linken Antrag im Sportausschuss der Stadt „in die Fraktion“, was so viel heißt, dass sie sich ernsthaft damit befassen will.

Verbund bedroht städtische Museen

Nach einem Beschluss von SPD und Grünen sollen die städtischen Museen rund 140.000 Euro im Jahr sparen. Gelingen soll das angeblich mit einem sogenannten Museumsverbund. Dabei werden die Museen organisatorisch und personell zusammengelegt. Die Folgen sind weniger Ausstellungsstücke, sinkende Qualität und unbezahlte Mehrarbeit für die Beschäftigten, weil freiwerdende Stellen nicht wiederbesetzt werden. Nur noch ein Direktor ist dann zum Beispiel für mehrere Museen zuständig. Bewährte Strukturen gehen verloren, und die Ausstellungsqualität geht in einzelnen Museen im schlimmsten Fall komplett den Bach runter.

Nicht nur die Beschäftigten, auch viele Bürgerinnen und Bürger laufen Sturm gegen diesen Plan. Sie wollen nicht, dass die Vielfalt der hannoverschen Museen verloren geht. Auch die Linksfraktion macht Front gegen den Museumsverbund und bezweifelt, dass die Stadt damit überhaupt Geld sparen kann. Die kulturpolitische Sprecherin Gunda Pollok-Jabbi verweist auf steigende Besucherzahlen und Einnahmen, die zu bröckeln drohen, wenn der Verbund kommt. Damit könne die Stadt kein Geld sparen, warnt sogar die Beraterfirma, die die Stadt bei ihren Museumsvorhaben berät.

Viele Mieter können sanierte Wohnungen nicht mehr bezahlen

Die energetische Sanierung von Gebäuden, gemeint ist bessere Wärmedämmung und der Einbau neuer Heizkessel, führt zu steigenden Mieten. Das Nachsehen haben Mieterinnen und Mieter mit wenig Geld, die so aus ihren Wohnungen gedrängt werden. Dieser Trend ist in Hannover besonders stark ausgeprägt, weil hier die Standards zur energetischen Sanierung besonders hoch sind. Entsprechend höher sind danach die Mietsteigerungen. Die Linksfraktion fordert deshalb seit langem, die energetische Gebäudesanierung auf das vom Gesetzgeber vorgeschriebene Maß zu begrenzen.



Foto: Daniel Gast / pixelio.de

Mittlerweile haben auch SPD und Grüne das Problem erkannt. Sie geben jetzt einen Mietzuschuss an die Eigentümer sanierter Häuser, damit die Mieten nicht über 5,40 Euro pro Quadratmeter steigen. Dafür haben beide Fraktionen 500.000 Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren eingeplant, um so für etwa 150 Wohnungen im Jahr eine Mietpreisbremse einzuführen. „Das wird überhaupt nicht reichen, um diese sozialpolitische Zeitbombe zu entschärfen“, kritisierte LINKEN-Fraktionschef Oliver Förste im Rat. Die Linksfraktion hat deshalb beantragt, den Geldbetrag auf eine Million Euro zu verdoppeln.

Hinrich Wilhelm Kopf bleibt Namensgeber der Stadt - vorerst



Der Rat der Landeshauptstadt hält es bisher nicht für nötig, den Platz vor dem Landtag, eine Grundschule in Kleefeld und das Feriencamp der Stadt, die den Namen Hinrich Wilhelm Kopf tragen, umzubenennen. Einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion hat die Mehrheit von SPD und Grünen abgelehnt. Beide Parteien wollen zunächst das Ergebnis einer Expertenkommission abwarten.

Der erste Ministerpräsident Niedersachsens hatte in der Zeit des Nationalsozialismus schwere Schuld auf sich geladen. Die Göttinger Politologin Teresa Nentwig hat zweifelsfrei nachgewiesen,

dass Hinrich Wilhelm Kopf im besetzten Polen als Mitarbeiter der NS-Behörde Haupttreuhandstelle Ost das Vermögen von Juden und Polen beschlagnahmte. Er ließ Grabsteine von jüdischen Friedhöfen entfernen und verkaufte sie für den Straßenbau.

„Die Expertenkommission wird auch nicht mehr herausfinden als Teresa Nentwig“, betonte LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste im Rat. „Das ist peinlich, weil der Niedersächsische Landtag als Adresse Hinrich Wilhelm Kopf hat und von dort offizielle Briefe auch nach Polen und Israel gehen.“ Förste erinnerte die Ratsvertreter an die Grundsätze der Landeshauptstadt zur Benennung von Straßen. Danach ist eine Namensgebung nach Personen ausgeschlossen, die „aktiv an einem Unrechtssystem“ mitgewirkt haben.

Protest gegen steigende Strompreise



Foto: Petra Bork / pixelio.de

Die Linksfraktion verlangt von den Stadtwerken, auf die geplante Anhebung der Strompreise zum Jahreswechsel zu verzichten und endlich Sozialtarife für Kunden mit wenig Geld einzuführen. Erst im April hatten die Stadtwerke an der Preisschraube gedreht und die Stromtarife um 5,8 Prozent angehoben. Nun sollen die Verbraucher noch einmal bis zu fünf Prozent mehr zahlen, weil die Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien (EEG-Umlage) wieder steigt – dieses Mal auf den Rekordwert von 6,24 Cent je Kilowattstunde. Pikant: Die Einkaufspreise an der Strombörse sind massiv gefallen. Andere Stromversorger wollen deshalb die aktuelle Erhöhung

der EEG-Umlage nicht an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. „Daran sollten sich die Stadtwerke ein Beispiel nehmen“, fordert LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste. „Das Abkassieren bei den Strompreisen muss endlich aufhören!“

Um die Stadtwerke an ihre soziale Verantwortung zu erinnern, hat die Linksfraktion einen Antrag in den Rat eingebracht. Danach soll enercity den Inhabern des Hannover-Aktiv-Passes bei der Stromrechnung die Kosten, die die EEG-Umlage verursacht, nicht mehr berechnen. Da kommt einiges zusammen. Schon heute muss ein 4-köpfiger Haushalt mit einem Stromverbrauch von 3.500 Kilowattstunden nur für die EEG-Umlage 183 Euro im Jahr berappen. Ab Januar sind es 218 Euro.

Ablaufplanung Kommunalpolitische Konferenz am 09.11.2013

11 Uhr Begrüßung durch DIE LINKE Ratsfraktion Hannover

11.15 Uhr bis 12.10 Uhr Einführungsreferat Manfred Sohn, Landesvorsitzender DIE LINKE Niedersachsen

12.15 Uhr bis 13 Uhr Gemeinsame Mitgliederversammlung des LKFN und der LAG Kommunalpolitik

Tagesordnung:

1. **Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Berichte zur aktuellen Arbeit**
3. **Bericht vom VLKF**
4. **Nachwahl Vorstand LKFN (Ersatzperson für zurück getretenen Christopher Cheeseman)**
5. **Nachwahl Sprecher LAG Kommunalpolitik**
6. **Verschiedenes**

13 Uhr Mittagspause

13.45 bis 16.20 Uhr Wie weiter mit LINKER Kommunalpolitik in Niedersachsen?

Arbeit in Arbeitsgruppen. Im Vordergrund stehen hier, neben einer kleinen Einführung ins Thema vor allem der gegenseitigen Informationsaustausch, die Entwicklung gemeinsamer Strategien und Verabredungen für gemeinsame Kampagnen.

Folgende Gruppen sind geplant:

1. **Sozialpolitik vor Ort**
Moderation: Dr. Eckhard Fascher, Vorstandsmitglied LKFN, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Kreistag Göttingen
2. **Bildung für alle**
Moderation: Maren Kaminski, Landesgeschäftsführerin DIE LINKE Niedersachsen, Sprecherin der LAG Bildungspolitik
3. **Sozialökologischer Umbau in der Kommune**
Moderation: Dr. Michael Braedt, Hannover, Vorstandsmitglied LKFN,
4. **Starke statt arme Kommunen - Öffentlich vor Privat**
Moderation: Felicitas Weck, Hannover, Vorstandsmitglied LKFN, Referentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE
5. **Kostengünstigen Wohnraum schaffen als öffentliche Aufgabe**
Moderation: Dr. Jens Ilse, DIE LINKE im Stadtrat Oldenburg

16.20 bis 16.40 Uhr Präsentation der Ergebnisse auf Flipcharts,

16.40 bis 17 Uhr Ausklang

Um insbesondere die Verpflegung und die Arbeitsgruppen planen zu können, bitten wir um Anmeldung bis zum 3.11.2013 an vorstand@lkfn.de.

Termine:

- **Fraktionssitzung**
jeden Dienstag
15:00 Uhr
Ort: Siehe Internetseite der Fraktion
- **Kommunalpolitische Konferenz**
09.11.2013
11:00 - 19:00 Uhr
Ort: Neues Rathaus, Trammplatz 2
- **AG Kommunalpolitik**
12.11.2013
19:00 Uhr
Ort: Neues Rathaus, Trammplatz 2
Damenzimmer (Raum 179)

Impressum

Herausgeberin:

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Leinstr. 16, 30159 Hannover
Tel.: 0511 168 463-48
Fax: 0511 168 463-76
www.linksfraktion-hannover.de
Email: heidrun.tannenberghannover-rat.de

Redaktion:
Michael Fleischmann,
V.i.S.d.P.: Oliver Förste,
Satz: Markus Hintze